

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP

Wirksames Vorgehen gegen die Hisbollah

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im vergangenen Jahr hat der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit den Antrag „70 Jahre Gründung des Staates Israel – In historischer Verantwortung unsere zukunftsgerichtete Freundschaft festigen“ der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP verabschiedet. In diesem Antrag erklärte der Deutsche Bundestag, sich dafür einzusetzen, die enge Partnerschaft mit Israel zukunftsfest zu machen und auch für kommende Generationen als einzigartiges Vermächtnis zu erhalten. Aufgrund unserer Geschichte trägt Deutschland gegenüber dem jüdischen und demokratischen Staat Israel eine besondere Verantwortung. Die Sicherheit und das Existenzrecht Israels sind Teil der deutschen Staatsräson. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den Kräften im Nahen und Mittleren Osten entgegenzuwirken, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen oder die Sicherheit Israels offen bedrohen. Neben der fortlaufend aggressiven Politik des Iran ist die entscheidendste dieser antiisraelischen Kräfte die mit terroristischen Mitteln kämpfende und mit dem Iran eng verbundene Hisbollah, die durch ihre ausgreifende Präsenz auch eine besondere Gefahr für die Stabilität des gesamten Nahen Ostens darstellt.

Der Deutsche Bundestag bekennt sich zur besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel und dessen Sicherheit und hält an der Zweistaatenlösung fest, wie sie der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in zahlreichen Resolutionen bekräftigt hat: einen jüdischen und demokratischen Staat Israel in sicheren Grenzen und einen unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat.

Deutschland wird von Anhängern der Hisbollah laut Bundesregierung vor allem als Rückzugs- und Logistikraum genutzt. Ihr zuzurechnende Anhänger stehen unter Beobachtung des Verfassungsschutzverbundes. Die Anhängerschaft hierzulande bewegt sich seit Jahren bei rund 1.000 Personen, zuletzt mit steigender Tendenz. Der Hisbollah zuzurechnende Vereinsstrukturen, die ein vereinsrechtliches Organisationsverbot begründen könnten, sind derzeit jedoch nicht feststellbar.

Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit mit dem Betätigungsverbot gegen den Fernsehsender „Al Manar TV“ im Jahr 2008 und dem Vereinsverbot des „Waisenkindprojekts Libanon e. V.“ im Jahr 2014 bereits Maßnahmen gegen eine Ausbreitung und Unterstützung der Hisbollah in Deutschland ergriffen. Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof hat allein im Jahr 2018 36 Ermittlungsverfahren gegen Personen mit Verbindung zur Hisbollah eingeleitet. Um künftig nicht mehr auf Einzeler-

mächtigungen angewiesen zu sein, wurde dem Generalbundesanwalt dieses Jahr außerdem durch die Bundesregierung die allgemeine Strafverfolgungsermächtigung erteilt (§ 129b Absatz 1 Satz 3 StGB).

Es ist im zentralen Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik Deutschland, Stabilität im Nahen und Mittleren Osten zu fördern. Aus diesem Grund fordert Deutschland auch im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Sicherheitsrat, die Umsetzung der einschlägigen Resolutionen 1559/1701, in denen zur Entwaffnung aller nichtstaatlichen Akteure sowie zur Achtung der jeweiligen territorialen Souveränität aufgerufen wird.

Die Stabilität des Libanon ist hierbei von hoher Bedeutung. Die Entwicklung hat gezeigt, dass sich die Hisbollah im Libanon über die Jahre zu einem maßgeblichen politischen, militärischen und gesellschaftlichen Faktor gemacht hat. Die weltweite Verwicklung der Hisbollah in Drogen- und Waffenschmuggel sichert ihr über die direkte Finanzierung durch den Iran hinaus weitere politische und militärische Handlungsflexibilität.

Die Hisbollah unterhält als einzige Partei im Libanon eigene staatsähnliche Strukturen. Sie agiert als Staat im Staate. Gleichzeitig ist sie ein zentraler Akteur in der politischen, militärischen und gesellschaftlichen Landschaft Libanons, insbesondere für die Belange der schiitischen Bevölkerungsteile. Bei einer Gesamtbewertung der komplexen Gemengelage muss berücksichtigt werden, dass die Hisbollah im libanesischen Parlament vertreten und aktuell Teil der Regierung des Libanon ist.

Laut Verfassungsschutz muss damit gerechnet werden, dass die Hisbollah auch außerhalb des Nahen Ostens weiterhin terroristische Aktionen gegen Israel oder israelische Interessen plant und durchführt. Das Bekenntnis zum Schutz des Staates Israel erfordert zudem, Finanzierungsströme aus Deutschland, die der Terrorfinanzierung der Hisbollah im Nahen Osten dienen, mit allen Mitteln zu unterbinden.

Der Deutsche Bundestag sieht ein konsequentes nationales und gemeinsames europäisches Vorgehen gegen die Aktivitäten der mit terroristischen Mitteln vorgehenden Organisation als Ganzes als vordringliche Aufgabe an.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass

- die Bundesregierung bereits Maßnahmen zur Aufklärung und Unterbindung der Aktivitäten von Anhängern der Hisbollah in Deutschland, insbesondere auch die Aufdeckung illegaler Finanzierungsquellen, ergriffen hat;
- die Bundesregierung dem Generalbundesanwalt eine allgemeine Strafverfolgungsermächtigung gegen die Unterstützung der Aktivitäten der Hisbollah in Deutschland erteilt hat.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Aktivitäten der Anhänger der Hisbollah insbesondere in Deutschland weiterhin genau zu beobachten und mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu verfolgen; dazu gehört auch, Geldwäsche konsequent zu bekämpfen und eine Terrorfinanzierung aus Deutschland heraus zu unterbinden;
2. gegen die Hisbollah ein Betätigungsverbot zu erlassen, um jegliche Aktivität von Vertreterinnen und Vertretern der sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtenden Organisation in Deutschland nicht zu tolerieren;
3. die bisher vorgenommene gedankliche Trennung der Hisbollah in einen politischen und einen militärischen Arm aufzugeben und auf europäischer Ebene zu einer gemeinsamen Bewertung bei der Frage der Listung zu kommen;

4. weiterhin für das Existenzrecht des jüdischen und demokratischen Staates Israels und die legitimen Sicherheitsinteressen des Staates Israel als ein zentrales Prinzip der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik aktiv einzutreten;
5. gemeinsam mit internationalen Partnern Maßnahmen zu ergreifen, die den Einfluss der Hisbollah in der Region und insbesondere in Syrien zurückdrängen.

Berlin, 17. Dezember 2019

Ralph Brinkhaus, Alexander Dobrindt und Fraktion

Dr. Rolf Mützenich und Fraktion

Christian Lindner und Fraktion

